

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jörg Kronauer

26.09.2021

Neuen Kalten Krieg vermeiden!

UNO fordert Dialog zwischen Westen und China. USA und EU setzen auf verschärfte Konfrontation



John Minchillo/Reuters

»Funktionierendes Verhältnis zwischen den zwei Mächten wiederherstellen«: UN-Generalsekretär Antonio Guterres

Die Worte von UN-Generalsekretär António Guterres ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. »Wir müssen einen neuen Kalten Krieg um jeden Preis vermeiden«, warnte er kurz vor Beginn der aktuellen UN-Generalversammlung in New York. Das »Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten« sei »völlig zerrüttet«. Nicht nur, dass sich keine der dramatischen globalen Krisen – von der Covid-19-Pandemie bis zum Klimawandel – im erforderlichen Tempo bekämpfen lasse, wenn die zwei Großmächte sich weiterhin wie gehabt attackierten. Ein ausgewachsener Kalter Krieg zwischen ihnen »wäre anders als der vergangene«, stellte Guterres fest: »wahrscheinlich gefährlicher und schwieriger zu handhaben«, weil es, anders als im Machtkampf der USA gegen die Sowjetunion, keine ausgleichenden Mechanismen oder Kommunikationskanäle

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

gebe. »Wir müssen ein funktionierendes Verhältnis zwischen den zwei Mächten wiederherstellen«, forderte Guterres eindringlich – und zwar »bald«.

Weichenstellungen

Guterres' Forderung nachzukommen und zumindest für ein wenig Entspannung zu sorgen, – davon sind nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die Mächte Europas weit entfernt. Auch wenn US-Präsident Joseph Biden vor der UN-Generalversammlung behauptete, seine Administration strebe »keinen neuen Kalten Krieg an« und wolle die Welt nicht wieder in Blöcke teilen: Washingtons Taten widerlegen die Worte und beweisen das Gegenteil. Hohe Wellen geschlagen hat zuletzt vor allem der AUKUS-Pakt (Australia, United Kingdom, United States), mit dem die USA Frankreich im Pazifik ausgebootet und die energische Führung bei der Aufrüstung gegen China im Pazifik übernommen haben. Weniger öffentlichkeitswirksam, aber womöglich sogar noch folgenreicher sind Weichenstellungen, die Washington gemeinsam mit der EU in der kommenden Woche auf wirtschaftlich-technologischer Ebene vornehmen will. Und: Im Schatten des AUKUS-Konflikts hat auch die EU eigenständige Schritte angekündigt, die den globalen Machtkampf weiter befeuern.

Den Anfang machte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit ihrer diesjährigen »State of the Union Address« vor dem EU-Parlament. Stand darin zunächst die Forderung nach einer »europäischen Verteidigungsunion« und einer beschleunigten Militarisierung der EU im Vordergrund, so zielen mehrere weitere Maßnahmen, die von der Leyen ankündigte, klar auf den Machtkampf gegen China – auf ökonomischer wie auch auf Propagandaebene. So will Brüssel die Halbleiterbranche in der EU auf globales Spitzenniveau bringen, um technologisch auch in Zukunft mit der Volksrepublik konkurrieren zu können. Mit einer EU-Infrastrukturinitiative namens »Global Gateway« will die Kommissionspräsidentin den Machtkampf gegen Chinas erfolgreiche Neue Seidenstraße aufnehmen. Und es sollen in der EU Produkte verboten werden, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Das richtet sich, auch wenn Beijing abstreitet, dass dort Zwangsarbeit geleistet werden muss, gegen Firmen aus der westchinesischen Region Xinjiang.

Indopazifik-Strategie

Einen Tag später stellte die EU-Kommission ihre neue Indopazifik-Strategie vor. Sie zielt stark darauf ab, die Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern Asiens und der Pazifikregion jenseits von China zu stärken, um der Volksrepublik auf lange Sicht ökonomisch das Wasser abzugraben. Darüber hinaus sieht sie militärische Maßnahmen vor. So sollen nicht nur mehr »Militärberater« in die Region entsandt und mehr sogenannte Framework Participation Agreements geschlossen werden. Diese ermöglichen die umstandslose Einbeziehung der Partnerstaaten in »Kriseneinsätze«. Im Rahmen eines solchen Abkommens wurde etwa 2017 ein südkoreanisches Kriegsschiff eine Zeitlang in die EU-Operation Atalanta am Horn von Afrika integriert. Nicht zuletzt soll die EU, so heißt es in der neuen Indopazifik-Strategie, ihre Marinepräsenz im Indischen und im Pazifischen Ozean ausbauen. Insbesondere wird eine engere Kooperation mit den Staaten des Quad-Paktes (USA, Australien, Japan, Indien) angestrebt.

Die Regierungschefs der Quad-Staaten wiederum wollten sich am Freitag abend zu ihrem ersten persönlichen Gipfeltreffen überhaupt im Weißen Haus einfinden. Bislang hatte es lediglich einen virtuellen Gipfel im März dieses Jahres gegeben. Die Aktivitäten des Quad-Pakts umfassen eine militärische Komponente, reichen aber weit darüber hinaus. Auf dem Gipfel in Washington etwa sollten unter anderem auch Aspekte der Cybersicherheit und des Kampfs gegen die Pandemie besprochen werden. Hier zeigt sich, dass das indopazifische Viererbündnis alles andere als ein Selbstläufer ist. Auf dem virtuellen Quad-Gipfel im März war protzig beschlossen worden, indische Impfstoffproduzenten sollten, finanziert von den drei reichen Quad-Staaten, gut eine Milliarde Impfdosen herstellen. Gemeinsam wollte man sie an die Länder Süd- und Südostasiens verteilen, um China als Impfstofflieferanten abzudrängen. Unmittelbar danach stürzte Indien in seine furchtbare nächste Pandemiewelle, fiel für das Vorhaben also aus, und Länder, die sich wie etwa Bangladesch auf indische Lieferungen verlassen hatten, hatten keine andere Wahl, als die Volksrepublik um Hilfe zu bitten.

Junge Welt 24.09.2021